



**CDU-FRAKTION
LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG
RHEINLAND**



Die SPD-Fraktion in der
Landschaftsversammlung
Rheinland

Der Landschaftsverband im Rheinland

Den Menschen und der Zukunft verpflichtet

Koalitionsvereinbarung

zwischen den Fraktionen der Christlich Demokratischen Union
und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Landschaftsversammlung
Rheinland für die XV. Wahlperiode 2020 - 2025

Präambel	Seite 1
Handlungsschwerpunkt I Haushalt / Finanzen	Seite 3
Handlungsschwerpunkt II Kultur	Seite 5
Handlungsschwerpunkt III Inklusion	Seite 7
Handlungsschwerpunkt IV Soziales	Seite 8
Handlungsschwerpunkt V Schule	Seite 11
Handlungsschwerpunkt VI Personal / Digitalisierung	Seite 12
Handlungsschwerpunkt VII Umwelt und Bauen	Seite 14
Handlungsschwerpunkt VIII Gesundheit	Seite 16
Handlungsschwerpunkt IX Jugend / Jugendhilfe Rheinland	Seite 18
Handlungsschwerpunkt X Heilpädagogische Hilfen	Seite 20

1 **Präambel**

2

3 Nach einer erfolgreichen Zusammenarbeit in der 14. Wahlperiode der Landschaftsversamm-
4 lung Rheinland haben die Fraktionen von CDU und SPD beschlossen, ihre von Vertrauen ge-
5 tragene und am Wohle der Menschen im Rheinland ausgerichtete Arbeit erfolgreich fortzuset-
6 zen.

7

8 Wir sind uns darüber im Klaren, dass die ohnehin schon angespannte finanzielle Situation der
9 uns im Wesentlichen finanzierenden Kreise, kreisfreien und kreisangehörigen Städte und Ge-
10 meinden durch die Corona-Pandemie und ihre damit verbundenen Belastungen nochmals er-
11 heblich verschärft wurde. Dem werden wir durch eine solide und Planungssicherheit vermit-
12 telnde Finanzpolitik Rechnung tragen.

13 Ziel ist es, die Umlage für 2021 stabil zu halten.

14 Alle Maßnahmen, die in diesem Vertrag verabredet sind, stehen unter dem Vorbehalt einer
15 soliden und ausgewogenen Finanzplanung. Klar ist aber auch, dass die gesetzlich fixierten
16 Aufgaben erfüllt werden müssen.

17

18 Ein ganz wesentlicher Teil unserer Arbeit ergibt sich aus der voranschreitenden Digitalisie-
19 rung. Als eine der ersten Körperschaften haben wir deren Chancen erkannt. Dieser Vertrag
20 macht deutlich, dass die fortschreitende Digitalisierung in allen Bereichen Platz greift und wir
21 werden die sich daraus ergebenden Möglichkeiten nutzen. Hierbei werden wir nicht nur den
22 Anteil mobiler Arbeitsformen vergrößern, was die Attraktivität und Flexibilität des LVR als Ar-
23 beitgeber steigert, wir werden zugleich sozial verantwortlich mit diesem Thema umgehen.
24 Digitalisierung soll sowohl intern die Arbeitswelt verbessern als auch zum Nutzen für die Men-
25 schen, die unsere Leistungen erhalten, zum Einsatz kommen.

26

27 Wir unterstützen die im Pariser Klimaschutzabkommen formulierten Ziele.

28 Wir werden deshalb bei allen Bau- und Sanierungsmaßnahmen unserer Gebäude auf Nachhalt-
29 igkeit setzen.

30 Wir setzen auf den Einsatz alternativer Energien und innovativer Konzepte.

31 Auch unser Fuhrparkmanagement soll unter vorrangiger Berücksichtigung von umweltfreund-
32 lichen Lösungen bei gleichzeitiger Digitalisierung der Prozesse optimiert werden.

33

34 Fachlich bleibt die Inklusion unser zentrales Aufgabenfeld!

35 Egal, ob im Bereich Kindertagesbetreuung, Schule, Arbeit, Beratung, Wohnen, Freizeit, Psy-
36 chiatrie, Heilpädagogische Einrichtungen oder Kultur - die Teilhabe von Menschen mit Behin-
37 derungen und damit die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sehen wir weiterhin
38 als unser Kernthema an.

39 Wir werden den Ausbau von Kindertagesbetreuung - insbesondere auch für Kinder mit Behin-
40 derungen - vorantreiben. Wir werden durch rheinlandweite Zuständigkeiten im Bereich der
41 Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche für einheitliche Standards im Rheinland sorgen
42 und somit für Kinder, Jugendliche und Eltern endlich gleiche Lebensverhältnisse schaffen. Wir
43 werden weiterhin die schon jetzt vorhandene gute Beratungsstruktur zu einer integrierten
44 Beratung zusammenfassen und weiter qualifizieren. Hierbei fordern wir gegenüber dem Ge-
45 setzgeber nach wie vor, das Prinzip „Hilfe aus einer Hand“ umzusetzen und alle Leistungen
46 der Eingliederungshilfe bei den Landschaftsverbänden anzusiedeln. Nur so kann man den Be-
47 dürfnissen der Menschen gerecht werden!

48 Wir werden mit unserer Inklusiven Wohnungsbaugesellschaft „Bauen für Menschen GmbH“
49 dringend benötigten Wohnraum für Menschen mit Behinderungen schaffen. Wir werden die
50 Förderung für andere Investoren attraktivieren. Wir werden darauf achten, dass passgenaue
51 Angebote für ältere Menschen geschaffen werden.

52
53 Ziel unserer Schulpolitik ist die Weiterentwicklung des inklusiven Schulsystems, in dem die
54 individuellen Bedürfnisse aller Schülerinnen und Schüler Berücksichtigung finden.
55 Hierbei spielt für uns die „Inklusion umgekehrt“, nämlich die Öffnung des Förderschulbereichs
56 für die Regelbeschulung, eine zentrale Rolle genauso wie die enge Kooperation mit den
57 Regelschulen.

58 Wir werden unsere Schülerinnen und Schüler weiter qualifizieren und fördern, um den Über-
59 gang von Schule insbesondere in den ersten Arbeitsmarkt voranzutreiben.

60
61 Im Bereich unserer Kliniken werden wir durch die Weiterentwicklung neuer Versorgungsfor-
62 men - wie etwa durch die Einführung der stationsäquivalenten Behandlung - unser Angebot
63 qualifizieren und optimieren.

64 Wir bekennen uns zur Trägerschaft der Orthopädischen Klinik Viersen.

65 Um weiterhin unseren Versorgungsauftrag gut erfüllen zu können, werden wir weitere Investi-
66 tionen im Klinikbereich initiieren und durchführen sowie durch Schaffung motivationsförder-
67 der Arbeitsbedingungen dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

68 Hierbei werden wir die Aufarbeitung unserer Psychatriegeschichte nicht aus den Augen verlie-
69 ren und die hier beschlossenen Konzepte ausbauen und ergänzen.

70
71 In konsequenter Fortsetzung des Dezentralisierungsprogrammes ist es unser Ziel, das selb-
72 ständige Leben der Menschen in unseren Heilpädagogischen Einrichtungen voranzubringen.
73 Hierzu werden wir ein auf 10 Jahre angelegtes Wohnraumbeschaffungsprogramm auflegen.
74 In diesem Bereich müssen in Anbetracht des enormen Fachkräftemangels attraktive Angebote
75 zur Personalgewinnung entwickelt werden und zum Einsatz kommen.

76
77 Wir sind uns als Träger zahlreicher Kultureinrichtungen der Verantwortung gegenüber den
78 Menschen bewusst und stellen uns dieser Aufgabe sehr engagiert.
79 Dies bedeutet einerseits, dass die beschlossenen Investitionsmaßnahmen zügig umzusetzen
80 sind, andererseits sind die Angebote in einem dauerhaften Prozess zu attraktivieren.

81 Im Bereich der Industriemuseen streben wir eine enge Vernetzung mit den Industriemuseen
82 des Landschaftsverbandes Westfalen Lippe (LWL) an.

83
84 CDU und SPD freuen sich auf die Zusammenarbeit in der 15. Landschaftsversammlung!

85
86
87

88 **I. Haushalt / Finanzen**

89

90 **CDU- und SPD-Fraktion in der Landschaftsversammlung Rheinland haben in der 14.**
91 **Wahlperiode (2014–2020) eine erfolgreiche und nachhaltige Finanz- und Haushalts-**
92 **politik umgesetzt:**

93

94 • „Qualität für Menschen“ – in diesem Sinne hat der LVR die gesetzlichen und die freiwilli-
95 gen Aufgaben erfolgreich wahrgenommen und weiterentwickelt.

96

97 • Mehrere Konsolidierungsprogramme mit einem Einspar-Ergebnis von rd. 175 Mio. Euro in
98 allen Dezernaten des LVR haben dazu beigetragen, die eigenen Aufgaben kritisch zu hin-
99 terfragen, Kosten nachhaltig zu begrenzen und die Aufgaben wirtschaftlich zu erfüllen.

100

101 • Erhebliche Investitionen vor allem im Gesundheitsbereich (Modernisierung der Kliniken)
102 wurden termingerecht und kostentreu realisiert.

103 Langfristige Kredite wurden kontinuierlich getilgt und die laufende Zinsbelastung durch
104 ein aktives Schuldenmanagement nachhaltig gesenkt. Der Aufwand für den Zinskapital-
105 dienst betrug in 2014 noch 11,4 Mio. Euro, in 2020 beträgt er 4,8 Mio. Euro.

106

107 • Das von CDU und SPD festgelegte Ziel, die Haushalte in Planung und Vollzug ausgegli-
108 chen zu gestalten, wurde eingehalten; Haushaltsdefizite im konsumtiven Bereich wurden
109 vermieden.

110

111 • Dies alles wurde erreicht bei größtmöglicher Schonung der Mitgliedskörperschaften
112 (Rücksichtnahmegebot). Der LVR hat seine Ausgabenansätze in der Planung auf das un-
113 bedingt Notwendige begrenzt. Dadurch - und durch die günstige Entwicklung der Umla-
114 gegrundlagen - konnte der Umlagesatz von 16,75 % im HH-Jahr 2016 auf 15,1 % im HH-
115 Jahr 2020 gesenkt werden.

116

117 • Im Vollzug nicht erforderliche Finanzmittel wurden durch nachträgliche Umlagesenkung
118 bzw. durch eine „Sonder-Auskehrung“ den Mitgliedskörperschaften erstattet. Auf diese
119 Weise hat der LVR in der 14. Wahlperiode 835 Mio. Euro an die Mitgliedskörperschaften
120 zurückgegeben.

121

122 • Die von CDU und SPD getragene Haushaltspolitik fand in der Landschaftsversammlung
123 durchweg breite, zum Teil auch einstimmige Zustimmung. Auch unter den Mitgliedskör-
124 perschaften genießt die solide Haushaltsführung des LVR wegen der transparenten Infor-
125 mation und Vermittlung hohe Anerkennung.

126

127 **Diese Schwerpunkte unserer Haushaltspolitik haben sich als richtig erwiesen und**
128 **behalten mittel- und langfristig ihre Bedeutung.**

129

130 **Dennoch ist eine einfache Fortschreibung nicht möglich:**

131 **Die Corona-Pandemie stellt den LVR vor bisher nicht gekannte Herausforderungen.**

132

133 • Die Corona-Krise führt zum Ausfall von Steuereinnahmen und zu Corona-bedingten Mehr-
134 ausgaben. Wegbrechende Steuereinnahmen treffen zuerst die Städte und Gemeinden,
135 zeitversetzt durch sinkende Umlagegrundlagen und ggf. durch sinkende Schlüsselzuwei-
136 sungen aber auch den LVR als Umlageverband.

137

- 138 • Der LVR-Haushalt unterliegt den aktuellen Sonderregelungen des Landes NRW, z.B. dem
139 „Gesetz zur Isolierung der aus der Covid 19-Pandemie folgenden Belastungen in den
140 kommunalen Haushalten“.
141
- 142 • Der LVR wird die in seiner Kompetenz liegenden Schritte unternehmen, um die Mitglieds-
143 körperschaften gerade in der Corona-Krise, soweit möglich, zu schonen (Rücksichtnah-
144 megebot). Hierbei werden wir alle Maßnahmen prüfen, die zur Konsolidierung des Haus-
145 haltes führen.
146
- 147 Der LVR wird auch in den kommenden Haushalten seine Aufgabenerfüllung überprüfen
148 und seinen Mittelbedarf am strengen Maßstab der Erforderlichkeit messen.
149
- 150 • Dabei gilt aber: Die Fähigkeit des LVR zu einer dauerhaften, qualitätvollen und wirt-
151 schaftlichen Erfüllung der ihm obliegenden Aufgaben ist zu erhalten.
152 Vorrangig ist dabei die nachhaltige Erfüllung der dem Landschaftsverband gesetzlich
153 übertragenen Aufgaben.
154
- 155 • Dazu zählen u.a.:
- 156 Das 2017 in Kraft getretene BTHG mit seinen umfassenden Leistungsansprüchen im
157 Rahmen der Eingliederungshilfe werden wir in der neuen Wahlperiode abschließend um-
158 setzen. Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen bleibt gemäß der UN-
159 Behindertenrechtskonvention mit Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nati-
160 onen in New York vom 13.12.2006 sowie dem Inkrafttreten als Bundesgesetz am
161 26.03.2009 ein vorrangiges Ziel des LVR. Dem muss auch die Haushaltspolitik des LVR
162 Rechnung tragen.
163
- 164 • Zielgerichtete Investitionen sind notwendig, um langfristig wesentliche Aufgaben des LVR
165 zu erfüllen:
- 166 a. Weitere schrittweise, bauliche und konzeptionelle Modernisierung der LVR-Kliniken und
167 Sicherung der Klinikstandorte.
168 b. Sicherung der Förderschulen im Rahmen der hierzu gefassten Grundsatzbeschlüsse.
169 c. Weiterentwicklung der Arbeitsplätze und der Leistungsangebote durch Modernisierung,
170 Digitalisierung und Flexibilisierung in der gesamten Verwaltung des LVR. Konkret gilt
171 das für das Bauvorhaben Ottoplatz.
172
- 173 • Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des LVR gehört auch, durch sparsame Haushaltspla-
174 nung und Haushaltsvollzug ein Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden.
175
- 176 • Zu einer sachgerechten Abwägung im Rahmen des Rücksichtnahmegebots gehört auch
177 der Umstand, dass sich Finanzhilfen des Bundes und des Landes zum Corona-Ausgleich
178 durchweg an Städte und Gemeinden richten, den LVR also nicht unmittelbar entlasten.
179 Hierzu zählt z.B. die vom Bund zugesagte dauerhafte Übernahme der Kosten der Unter-
180 kunft in der Grundsicherung (KdU) in Höhe von weiteren 25 %, die nachhaltig die Mit-
181 gliedskörperschaften, nicht aber den LVR entlastet.
182
- 183 Im Rahmen der Eingliederungshilfe, 2017 neu geregelt im BTHG, verbleiben die (steigen-
184 den) Aufwendungen bei den Kostenträgern, so auch beim LVR. Die zum Ausgleich be-
185 schlossenen finanziellen Entlastungsmaßnahmen des Bundes begünstigen jedoch nur die
186 Kommunen, nicht den Kommunalverband LVR.
187

- 188 • Finanzielle Entlastungen der Kommunen durch Bund und Land bei sinkenden Umlage-
189 grundlagen auf der einen Seite, bleibende Leistungspflichten des LVR auf der anderen
190 Seite, erfordern ggf. auch eine Anpassung des Umlagesatzes der Landschaftsumlage.
191

192 **Zur Zeit ist nicht absehbar, wie lange die Corona-Pandemie andauert.**

193 **Deshalb gelten vorerst folgende Ziele:**

- 194
- 195 • Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben zur „Corona-Isolierung“
 - 196
 - 197 • Nach Möglichkeit Vermeidung einer Erhöhung des beschlossenen Umlagesatzes für 2021
198 durch Haushaltskonsolidierung; dadurch schaffen wir Planungssicherheit für unsere Mit-
199 gliedskörperschaften
 - 200
 - 201 • Erhaltung der Leistungsfähigkeit des LVR, Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzeptes
202
 - 203
 - 204 • Zuverlässige Mittelfristplanung bis 2025 als Richtschnur für den Verband und um den
205 Mitgliedskörperschaften eine langfristige Planungsgrundlage zu schaffen.
206
207
208

209 **II. Kultur**

210

211 Die Kulturarbeit des LVR ist auf Langfristigkeit angelegt und orientiert sich nicht an Wahl-
212 perioden der Landschaftsversammlung. Deshalb hat die kulturpolitische Verpflichtung der
213 Koalition aus der 14. Wahlperiode weiterhin Bestand. Insbesondere ist die identitätsstiftende
214 und imagebildende Kulturförderung nach wie vor sehr wichtig.

215 Es ist daher unser Ziel, die in der Fachwelt und Öffentlichkeit in allen Bereichen unseres Auf-
216 gabenportfolios anerkannte Expertise zu sichern.

217 Es bleibt unser Anspruch, dass die Arbeitsergebnisse unserer Experten sensibel erarbeitet und
218 transparent sind und ihre Stellungnahmen und Entscheidungen allgemein verständlich sind.
219

220 Die Koalitionspartner erneuern und bekräftigen ihre Unterstützung des kulturellen Wirkens
221 des LVR im Rheinland.

222 Nachfolgend werden wichtige Vorhaben genannt, die in den nächsten Jahren Schwerpunkte
223 unserer Arbeit sein werden.
224

225 **Weltkulturerbe**

226

227 Wir unterstützen die gestellten Anträge, den „Niedergermanischen Limes“ sowie die Archäolo-
228 gische Zone mit dem Jüdischen Viertel in Köln in den Welterbe-Status zu erheben. Im Falle
229 der Anerkennung soll die Umsetzung des Managementplans, der die Sichtbarmachung und
230 Vermittlung des Welterbes sichern soll, besondere Förderung erfahren.
231

232 **Zentrum für verfolgte Künste**

233

234 Das finanzielle Engagement des LVR hat es ermöglicht, dass sich das Zentrum für verfolgte
235 Künste zu einer europaweit einzigartigen Institution entwickeln konnte.
236 Unbefriedigend ist jedoch seine Unterbringung. Die Koalition unterstützt die Stadt Solingen
237 bei Überlegungen, für das Zentrum ein angemessenes Gebäude zu schaffen. Darüber hinaus
238 soll die Erschließung der Sammlung beschleunigt erfolgen.
239

240 **Provenienzforschung**

241

242 Wir wollen die Provenienzforschung ausbauen, bei der sich der LVR eine große Kompetenz
243 erworben hat. Die Forschungsergebnisse sollen allen relevanten Kulturinstitutionen zur Verfü-
244 gung stehen.

245

246 **Weiterentwicklung Abtei Brauweiler**

247

248 Die Fokussierung auf die geplanten Entwicklungsmaßnahmen für den Standort Brauweiler und
249 das Jubiläum im Jahre 2024 stellt einen besonderen Schwerpunkt der kulturellen Aktivitäten
250 des LVR dar. Wir werden sie nach Kräften unterstützen.

251

252 **Denkmalpflege**

253

254 Die Sorge um die Bewahrung der Bau- und Bodendenkmäler gehört zu den ältesten und wich-
255 tigsten Aufgabenfeldern des LVR und seines Vorgängerverbandes. Dass trotz des verheeren-
256 den 2. Weltkrieges und schwerer Bausünden der Nachkriegszeit ein namhafter Bestand an
257 Baudenkmalern erhalten ist, verdanken wir nicht zuletzt der Arbeit des Landeskonserva-
258 tors/der Landeskonservatorin. Um diese bedeutende kulturpolitische Aufgabe zu erfüllen, ist
259 das Denkmalamt als Wissensspeicher und Kompetenzzentrum erforderlich und notwendig.

260

261 **Erinnerungskultur**

262

263 Die deutschlandweit vorbildlichen Forschungsarbeiten zur NS-Geschichte, unser beispielhaftes
264 Engagement zur Erschließung der Ordensburg Vogelsang in Schleiden, das Portal „Rheinische
265 Geschichte“, das Widerstandsportale und viele andere Aktivitäten belegen das besondere En-
266 gagement des LVR für die Zielsetzungen einer nachwirkenden Erinnerungskultur. Diese gesell-
267 schaftspolitisch wichtige Arbeit gilt es, materiell und personell zu sichern und auszubauen.

268

269 **Kulturlandschaft digital**

270

271 Das auf großer Professionalität basierende Angebot „Kulturlandschaft Digital“ wird eine infor-
272 mative und nutzungsfreundlichere Ergänzung erhalten, um den Zugang zu dem vielfältigen
273 rheinischen Kulturerbe für weitere Zielgruppen zu ermöglichen.

274

275 **Zusammenschluss der Industriemuseen**

276

277 Die Profilierung der LVR-Museumsstandorte durch analoge und digitale Angebote findet unse-
278 re Unterstützung. Ziel ist es, die Industriemuseen des LVR mit den Industriemuseen des LWL
279 stärker zu vernetzen und Wege dazu aufzuzeigen, um dies zeitnah zu ermöglichen.

280

281 **Stiftungen**

282

283 Die Koalition von CDU und SPD strebt eine Stabilisierung der bestehenden Stiftungen an und
284 steht zu den diesbezüglichen Verpflichtungen des LVR im Rahmen der Haushaltsbedingungen.

285

286 **Haus der Geschichte**

287

288 Wir unterstützen eine enge Zusammenarbeit mit dem Haus der Geschichte in Düsseldorf, um
289 bei der Dokumentation der historischen Entwicklung des Landes NRW den kommunalen Anteil
290 zu verdeutlichen.

291

292 **Portal Rheinische Geschichte**

293

294 Mit Hilfe des Portals „Rheinische Geschichte“ soll die Politik Preußens im Rheinland besonders
295 untersucht werden. Dafür kommen z.B. das Jahr 2022 in Erinnerung an den 1822 erfolgten
296 Zusammenschluss der beiden Rheinprovinzen infrage sowie das „Rheinland als Teil des Preu-
297 ßischen Staates“ und „Rheinland im späten Kaiserreich“. Dies ist unter anderem eine Aufgabe
298 des LVR-Niederrheinmuseums.

299

300 **Investitionsprogramm Museen**

301

302 Die bereits beschlossenen Investitionsmaßnahmen im Kulturbereich sollen zeitnah im Laufe
303 der Periode umgesetzt werden; das Programm wird bedarfsgerecht fortgeschrieben werden.
304 Die notwendigen Mittel hierfür werden wir bereitstellen, wobei alle Fördermöglichkeiten aus-
305 zuschöpfen sind.

306 Das Zentrum für Medien und Bildung (ZMB) leistet eine sehr gute Arbeit. Dies ermöglicht auch
307 der attraktive Standort.

308 Der Standort mit dem Gebäude im (Teil-) Eigentum des LVR ist daher beizubehalten und die
309 notwendigen Sanierungsarbeiten sind durchzuführen. Auch ein Ankauf des nicht in Hand des
310 LVR befindlichen Teileigentums kommt in Betracht.

311

312 **Strukturwandel Rheinisches Revier**

313

314 Im Rheinischen Revier ist durch den geplanten Ausstieg aus der Braunkohleförderung mit
315 einem dynamisierten Strukturwandel zu rechnen.

316 Diesen Wandel wollen wir begleiten und werden hierzu in Absprache mit den VertreterInnen
317 der Region begleitende Projekte initiieren. Dabei soll an die bisherigen Projekte angeknüpft
318 werden. Erste Schritte haben wir bereits mit unserem Antrag 14/303 in die Wege geleitet.

319

320

321

322

323 **III. Inklusion**

324

325 **Beteiligung der Selbsthilfe in den politischen Gremien des LVR**

326

327 Im Geiste der UN-Behindertenrechtskonvention sieht sich die Koalition von CDU und SPD wei-
328 terhin als Vorreiter für die politische Partizipation und Inklusion.

329 Die Koalitionspartner von CDU und SPD bekräftigen ihren Wunsch, die VertreterInnen der
330 Selbsthilfe auch in Zukunft an der Arbeit der politischen Gremien des LVR teilhaben zu lassen.
331 Dazu soll der seit Beginn der letzten Wahlperiode von uns gegründete Beirat bestehen blei-
332 ben, solange der Gesetzgeber hier keine Regelungen trifft, die eine intensivere Partizipation
333 zulässt.

334

335 Darüber hinaus soll geprüft werden, ob der Beirat für Inklusion einen/eine VertreterIn der
336 Selbsthilfe zur Teilnahme mit Rederecht am öffentlichen Teil der Sitzung in jedem Fachauss-
337 schuss entsenden kann.

338 Die entsandten Beiratsmitglieder sollten dabei ebenso wie die Mitglieder der Fachausschüsse
339 entschädigt werden.

340

341

342

343 Der Landschaftsverband Rheinland wird auch weiterhin seine überörtlichen Handlungsspiel-
344 räume nutzen, um gleiche Lebensverhältnisse für alle Menschen im Rheinland zu fördern und
345 zu stärken. Im Mittelpunkt steht dabei seine besondere Kompetenz in der gleichberechtigten
346 Teilhabe für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen.

347

348 **Inklusion als Menschenrecht**

349

350 Seit dem Jahr 2014 folgt die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) im LVR
351 den Zielen des Aktionsplans "Gemeinsam in Vielfalt".

352 Seitdem ist manches erreicht, aber noch ist viel zu tun. Die Koalition bekennt sich zu dem
353 Leitziel, Inklusion als Menschenrecht umzusetzen.

354

355 Inklusive Sozialräume sind Sozialräume für alle. Vielfalt ist auch hier Programm!

356 Die Geschlechtergerechtigkeit (m/w/d) und die Altersgerechtigkeit (in allen Lebensphasen,
357 jung wie alt) sind daher ungeachtet der ethnischen Herkunft oder Weltanschauung und Religi-
358 on oder der sexuellen Orientierung (LGBTIQ) der Menschen zu beachten und zu schützen. Wir
359 werden die Ausgestaltung der Sozialräume aktiv vorantreiben.

360

361 Die Umsetzung des BTHG als der für die alltägliche Lebensqualität von Menschen mit Behinde-
362 rungen wichtigste Maßnahme des Nationalen Aktionsplans der Bundesregierung werden wir im
363 Rheinland im Sinne von (mehr) Selbstbestimmung und Teilhabe weiter vorantreiben.

364

365 Dem Schutz von Menschen mit Behinderungen mit hohem Unterstützungsbedarf sowie beson-
366 ders verletzlichen Lebenslagen (z.B. Fluchterfahrung) widmen wir besondere Aufmerksamkeit.

367

368 Behindertenpolitik ist Menschenrechtspolitik. Wir wollen unmissverständlich klarmachen: Die
369 UN-BRK ist für die Träger öffentlicher Belange kein Wunschkonzert, wir sind bundes- und lan-
370 desgesetzlich darauf verpflichtet und wollen auch unsere Partner in der Zivilgesellschaft dafür
371 gewinnen.

372

373 Eine zentrale Funktion des LVR als höherer Kommunalverband ist das Bewältigen und Ausglei-
374 chen von fachlichen wie finanziellen Herausforderungen. Auch im 14. Jahr der Geltung des
375 „BRK-Gesetzes“ in Deutschland werden wir im Ausschuss für Inklusion gemeinsam mit den
376 VertreterInnen der Selbsthilfe neue zielführende Ideen und Anreize aufgreifen und umsetzen.

377

378 Auch das große Zukunftsthema Digitalisierung muss im LVR als Chance für mehr Teilhabe und
379 Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen gesehen werden.

380

381

382

383

384 **IV. Soziales**

385

386 **Teilhabe ermöglichen, Qualität sichern, Finanzen stabilisieren**

387

388 Nachdem in der letzten Legislaturperiode die Umsetzung des BTHG und des AG BTHG NRW im
389 Zentrum des sozialpolitischen Handels standen, ist jetzt die gesetzlich geforderte volle und
390 gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sicherzustellen.

391

392 Durch das BTHG ist die Eingliederungshilfe aus der Sozialhilfe herausgelöst worden. Ziel der
393 Koalition ist es, diesen Paradigmenwechsel - von der Fürsorge zur Teilhabe - konsequent um-
394 zusetzen.

395 Dabei gilt es, insbesondere dem personenzentrierten Ansatz in der Behindertenhilfe Rechnung
396 zu tragen.

397

398 **Beratung**

399

400 Die Beratungsangebote des LVR werden weiterhin zu einer integrierten Beratung zusammen-
401 geführt. Dabei wird die Zusammenarbeit von LVR, KOKOBE und Peer-Beratung/Selbsthilfe
402 sowie SPZ und Peer-Counseling an allen Standorten strukturell abgesichert und optimiert.
403 Der LVR wird sich mit allen verantwortlichen Akteuren für eine transparente Beratungsstruk-
404 tur vor Ort aktiv einsetzen.

405

406 **Wohnen**

407

408 Laut Analyse der Monitoring-Stelle NRW zur UN-Behindertenrechtskonvention ist der fehlende
409 Wohnraum das drängendste Problem für Menschen mit Behinderungen. Der gravierende Man-
410 gel an barrierefreiem Wohnraum sowie hohe Mieten und Betriebskosten treffen besonders
411 Menschen mit Behinderungen, die über ein geringeres Einkommen verfügen.

412

413 Für Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf gibt es zu wenig inklusive Wohnangebote im
414 Sozialraum. Dies belegen auch die Zahlen des im September 2020 vom Ministerium für Hei-
415 mat, Kommunales, Bau und Gleichstellung veröffentlichten GEWOS-Gutachtens. Es mangelt
416 an geeigneten Baugrundstücken wie auch an Investoren zur Umsetzung der Bebauung. Dar-
417 über hinaus fehlt es an adäquaten Unterstützungsangeboten zur Begleitung von Menschen mit
418 Beeinträchtigungen und ihren Familien bei dem Wechsel in eine betreute Wohnform außerhalb
419 des Elternhauses.

420 So leben ca. 16.000 WfbM MitarbeiterInnen (davon ca. 1.800 im Alter von über 55 Jahren)
421 noch im Elternhaus bzw. in der Herkunftsfamilie.

422

423 Der LVR hat als Träger der Eingliederungshilfe im Rahmen seiner Leistungsverpflichtung eine
424 personenzentrierte Leistung für Leistungsberechtigte unabhängig vom Ort der Leistungser-
425 bringung sicherzustellen (§ 95 SGB IX).

426

427 Zur Erfüllung dieses Sicherstellungsauftrages ist eine intensivere Förderung des ambulant
428 Betreuten Wohnens notwendig. Ziel ist es, die investive Förderung besonderer Wohnformen
429 auf eine stärker personenbezogene dezentrale Angebotsstruktur hin auszurichten.

430

431 Dazu wollen wir das vorhandene Wohnungsbauförderprogramm des LVR schrittweise bis zu
432 einer Förderhöhe von 20 Mio. € jährlich erweitern. Die barrierefreie Wohnraumgestaltung, die
433 digitale Technik und Lösungen aus dem Bereich des Ambient Assisted Living (AAL) sollen um-
434 fassend einbezogen werden.

435

436 Um das Ziel "Schaffung von inklusivem Wohnraum" erfolgreich umzusetzen, wird auch unsere
437 Wohnungsbaugesellschaft „Bauen für Menschen GmbH“ entsprechende Projekte durchführen.

438

439 **Arbeit**

440

441 Das Recht auf eine frei gewählte Arbeit wird für Menschen mit Behinderungen vielfach faktisch
442 eingeschränkt, da ortsnah keine geeigneten Arbeitsplätze angeboten werden.

443 Die Koalition sieht sich in der Verantwortung, den Rahmen dafür zu schaffen, dass Menschen
444 mit Behinderungen sich entsprechend ihrem Bedarf in das Erwerbsleben einbringen können.

445

446 Neben der WfbM als Angebot für Menschen, die nach Art und Schwere ihrer Behinderung
447 nicht, noch nicht oder noch nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eingegliedert wer-
448 den können, ist das bewährte Instrumentarium des Inklusionsamtes zu verstetigen und mit
449 den Möglichkeiten der Eingliederungshilfe zu vernetzen.

450 Mit KAoA/STAR, dem besonderen Blick auf die Fachpraktikerausbildung, der Fachberatung
451 inklusive Bildung bei der IHK Köln und dem Forschungsprojekt zu den Übergängen mit Prof.
452 Wansing/Dr. Schneider, leistet das LVR-Inklusionsamt einen wichtigen Beitrag, den Übergang
453 von der Schule in den Beruf zu begleiten.

454
455 Zur Stärkung der Wahlfreiheit werden wir das Persönliche Budget für Arbeit ausbauen und die
456 anderen Anbieter, soweit rechtlich möglich, proaktiv unterstützen. Hierzu werden wir Projekte
457 gezielt modellhaft fördern.

458 In Bezug auf die WfbM haben wir den Landesgesetzgeber bereits im Jahr 2019 auf Regelungs-
459 lücken im Bereich der ordnungsbehördlichen Aufsicht hingewiesen und eine solche Aufsicht für
460 den Träger der Eingliederungshilfe bzw. die örtlichen Wohnungs- und Betreuungsaufsichten
461 eingefordert. Zwar begründet der Landesrahmenvertrag Prüfungsrechte für die überörtlichen
462 Träger. Diese entsprechen jedoch nicht den effizienten Befugnissen einer Aufsicht. Wir werden
463 uns deshalb auch in der Periode der 15. Landschaftsversammlung zum Schutz der Betroffenen
464 weiterhin für eine effektive Kontrolle der WfbM einsetzen.

465

466 **Behinderung und Alter**

467

468 Die Zahl der Menschen mit Behinderungen, die das Rentenalter erreichen, wächst seit Jahren
469 stetig. Bisher gibt es nur geringe Erkenntnisse für personenzentrierte Bedarfe von Werkstatt-
470 beschäftigten im Übergang in den Ruhestand und Teilhabemöglichkeiten im Sozialraum für
471 Menschen mit Behinderungen im Rentenalter.

472 Ausgehend von einer Befragung bei Werkstattbeschäftigten werden wir Handlungsvorschläge
473 entwickeln um:

474

- 475 - Teilhabe auch im Alter zu ermöglichen
- 476 - Angebote im Sozialraum für diese Zielgruppe zu öffnen
- 477 - Vernetzung zur Pflege sicherzustellen
- 478 - passgenau Wohnangebote anzubieten
- 479 - Mobilität zu ermöglichen
- 480 - für diesen Personenkreis wollen wir Förderprogramme entwickeln im Sinne eines
481 inklusiven Sozialraums

482

483 **Zuständigkeit**

484

485 Die Landschaftsverbände sind in NRW die kompetenten Ansprechpartner für Menschen mit
486 Behinderungen.

487 Sie sind in fast allen Lebenslagen die zuständigen Eingliederungshilfeträger. Wir setzen uns
488 beim Land NRW dafür ein, dass die Landschaftsverbände zukünftig auch für die Leistun-
489 gen zur Teilhabe an Bildung gemäß § 75 SGB IX zuständig werden.

490

491 Wir halten fest am Prinzip „Hilfe aus einer Hand“. Das dient den Wünschen der Menschen mit
492 Behinderungen.

493 Wir haben beim LVR durch die Bündelung der Beratungsleistungen diesen Weg bereits be-
494 schritten.

495

496

497

498 **V. Schule**

499

500 **Beschulung in Zeiten der Pandemie**

501 Die Fraktionen von CDU und SPD werden dafür Sorge tragen, dass die gesetzlich übertragene
502 Schulträgerpflichtaufgabe erfüllt wird, auch unter den Bedingungen der Pandemie und der
503 ständig wechselnden tatsächlichen und normativen Rahmenbedingungen. Hierbei werden wir
504 flexible, anforderungsgerechte und nachhaltige Lösungen finden, die die Beschulung der
505 Schülerinnen und Schüler sicherstellen.

506 **Inklusive Schulpolitik**

507 Ziel unserer Schulpolitik ist die Weiterentwicklung des inklusiven Schulsystems, in dem die
508 individuellen Bedürfnisse aller Schülerinnen und Schüler Berücksichtigung finden.
509 Wir bekennen uns zu den Zielen der UN-Behindertenrechtskonvention.
510 Dazu gehört neben der erforderlichen sächlichen und räumlichen Ausstattung aller Schulen im
511 Rheinland auch die Bereitstellung des erforderlichen pflegerischen und therapeutischen Perso-
512 nals im Förder- und Regelschulbereich.
513 Hierbei muss die hervorragende interdisziplinäre Teamarbeit, wie sie an den Förderschulen
514 des LVR praktiziert wird, Qualitätsmaßstab sein.

515 **Inklusion umgekehrt**

516 Wir fordern die Öffnung der LVR-Förderschulen auch in den Regelschulbereich hinein und die
517 enge Kooperation der inklusiven Regelschulen mit den jeweilig benötigten Fachleuten aus den
518 Bereichen Pädagogik, Pflege und Therapie der LVR-Förderschulen.
519 Zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention streben wir im rechtlich zulässigen
520 Rahmen die Öffnung unserer Förderschulen auch für Schülerinnen und Schüler ohne Förder-
521 bedarf an, z.B. durch Modellprojekte. Wir werden dazu in einen Dialog mit dem Land eintre-
522 ten.

523 **Erhalt der Qualität**

524 Wir werden den Erhalt der Qualität der sonderpädagogischen Förderung in den Förderschulen
525 des LVR gewährleisten, solange hierfür ein Bedarf besteht.
526 Es ist das Ziel von CDU und SPD, die Transformation der LVR-Förderschulen zu Expertise-
527 Zentren sonderpädagogischer Förderung weiterzuentwickeln.
528 Dazu gehören auch finanzielle Anreize, wie z.B. die Inklusionspauschale.

529 **Schaffung bzw. Erhalt des erforderlichen Schulraumes**

530 Wir werden sicherstellen, dass der erforderliche Schulraum geschaffen wird, vorzugsweise in
531 Kooperation mit den kommunalen Schulträgern.
532 Bei erforderlichen Schulneu- bzw. Ergänzungsbaumaßnahmen ist der Grundsatz der Inklusion
533 zu prüfen und umzusetzen.
534 Auch im Sinne einer vernetzten Schulentwicklungsplanung bedarf es neben den Kooperatio-
535 nen der Schulen auch vorbildlicher Zusammenarbeit zwischen dem LVR und seinen Mitglieds-
536 körperschaften, was die Nutzung und Errichtung von Schulgebäuden angeht.

537

538

539

540 **Sicherstellung der therapeutischen Behandlung.**

541 Die Fraktionen von CDU und SPD werden die therapeutische Behandlung der Schülerinnen
542 und Schüler in unseren Förderschulen sicherstellen.

543 Dies bedeutet, dass die Qualitätsstandards in den LVR-Schulen, konkret die ganzheitliche För-
544 derung der Schülerinnen und Schüler, durch eine enge Vernetzung von Unterricht, Pflege und
545 Therapie auch in Zukunft abgesichert werden. Dies gilt ausdrücklich auch für die therapeuti-
546 schen Leistungen, die von den LVR-Therapeutinnen und Therapeuten an den Förderschulen
547 des LVR erbracht werden.

548

549 **Soziale Schulpolitik**

550 Für die Schaffung gleichberechtigter Teilhabe ist für CDU und SPD der Blick auf soziale Un-
551 gleichheit von zentraler Bedeutung.

552 Wir werden den Aspekt der sozialen Ungleichheit im Bereich der Leistungen des LVR als
553 Schulträger bei den Elternbeiträgen für Schülern und OGS konsequent berücksichtigen.

554 Dies gilt auch für den Einsatz von SozialpädagogenInnen.

555 Zur Sicherung des e-Learning/Lernen auf Distanz in Zeiten der Corona-Pandemie werden wir
556 die Digitalisierung beschleunigt voranbringen und entsprechende Ressourcen zur Bereitstel-
557 lung von bspw. digitalen Endgeräten, Supportleistungen und Administration zur Verfügung
558 stellen.

559

560 Unser Ziel ist die Schaffung gleicher Möglichkeiten für Schülerinnen und Schüler auch der
561 LVR-Schulen im Rahmen des gebundenen und offenen Ganztages, z.B. auch in den Schulferi-
562 en.

563

564 **Übergang Schule - Beruf**

565 Im Hinblick auf den Übergang Schule - Beruf ist es unser Ziel, sowohl bei den Schülerinnen
566 und Schülern unserer Schulen als auch bei der Schülerschaft im gemeinsamen Lernen einen
567 Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt anzustreben. Hierbei werden wir auch die Interessen
568 mehrfach behinderter Menschen berücksichtigen und gerade für diesen Personenkreis sinnvol-
569 le Angebote im Anschluss an die Schule entwickeln.

570 Unsere Initiative, die Freiwilligendienste von Jugendlichen mit Behinderungen besonders zu
571 unterstützen, stärkt dies und werden wir ausbauen.

572

573 **Schülerinnen und Schüler mit herausforderndem Verhalten**

574 Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, für alle Schulen eine Konzeption zur Beschul-
575 lung von Kindern und Jugendlichen mit besonders herausforderndem Verhalten zu entwickeln.

576

577

578 **VI. Personal / Digitalisierung**

579 Die Arbeitswelt verändert sich im digitalen Wandel rasant. Es gibt neue Möglichkeiten, selbst-
580 bestimmt zu arbeiten. Viele Aufgaben können orts- und zeitunabhängig erledigt werden. Die
581 Vereinbarkeit von beruflichen und privaten/familiären Aufgaben wird erleichtert. Die Arbeits-
582 zufriedenheit wird erhöht und durch das Vermeiden von Auto- und Bahnfahrten das Klima
583 geschützt. Moderne Arbeitsformen sind ein Beitrag zur Arbeitgeberattraktivität, die in Zeiten
584 zunehmenden Fachkräftemangels von großer Bedeutung auch für den Arbeitgeber LVR ist.

585 Unser Ziel ist es, die Attraktivität des LVR als Arbeitgeber mit folgenden Maßnahmen zu stär-
586 ken:

587

588 **Wir wollen den Anteil mobiler Arbeitsformen vergrößern und zugleich sozial ver-**
589 **antwortungsbewusst die Digitalisierung der Arbeitswelt (Arbeit 4.0) vorantreiben.**
590 **Digitalisierung soll sowohl die interne Arbeitswelt verbessern als auch zum Nutzen**
591 **und zum Vorteil für unsere Leistungsempfänger eingesetzt werden.**

592

593 Die Digitalisierung von Arbeitsprozessen soll in allen Bereichen des LVR konsequent betrieben
594 werden, um den Anforderungen an einen modernen kommunalen Dienstleister im Rheinland
595 gerecht zu werden.

596

597 Dies umfasst die digitale Erreichbarkeit und die Kommunikation mit den leistungsberechtigten
598 Bürgerinnen und Bürgern sowie alle Bereiche des digitalen Arbeitens unter Einbeziehung der
599 Tele- und Heimarbeit, die seit vielen Jahren im LVR etabliert ist und zur Sicherung der Leis-
600 tungsfähigkeit während der Corona-Pandemie beiträgt. Moderne und bedarfsgerechte Ar-
601beitsumgebungen sowie flexible Arbeitszeitmodelle sind weitere Erfolgsfaktoren für die Leis-
602 tungsqualität des LVR.

603

604 Um die Digitalisierung und veränderte Mobilitätsanforderungen weiter zu fördern, soll die per-
605 sonelle Besetzung des LVR-Dezernates „Digitalisierung, IT-Steuerung, Mobilität und techni-
606 sche Innovation“ mit Wirkung zum kommenden Stellenplan aufgestockt werden. Der notwen-
607 dige Umfang wird noch festgelegt.

608

609 **Wir wollen eine lebensphasenorientierte Arbeitszeitgestaltung durch Zeitkonten**
610 **ermöglichen.**

611

612 Im Lebensverlauf verteilen sich Arbeitszeiten, Qualifizierungszeiten und Erholungs- und Fami-
613 lienzeiten sowie Phasen der Fürsorge oder Pflege individuell sehr unterschiedlich. In einzelnen
614 Lebensphasen stehen sich widerstreitende Anforderungen gegenüber oder es ändern sich
615 auch die Prioritäten. Um solche Widersprüche aufzulösen, sind individuelle Spielräume für
616 selbstbestimmte Zeitpolitik notwendig.

617

618 Wir wollen die Möglichkeiten prüfen, wie im LVR Langzeitkonten für die Mitarbeiterinnen und
619 Mitarbeiter ermöglicht werden können, die über die bisherigen Möglichkeiten von Zeitgutha-
620 ben hinausgehen. Dabei spielt auch der Grad der Digitalisierung der LVR-Arbeitswelt eine ent-
621 scheidende Rolle.

622

623 Darüber hinaus wollen wir die tariflich zugesicherten Möglichkeiten der Altersteilzeit auch für
624 die Beamtinnen und Beamten ab 60 Jahren ermöglichen, wie dies zum Beispiel in den Städten
625 Köln und Düsseldorf und beim Land für die Lehrerinnen und Lehrer bereits praktiziert wird.

626

627 **Zur Steigerung der Attraktivität des LVR als Arbeitgeber wollen wir für Mitarbeiten-**
628 **de, insbesondere für Auszubildende, perspektivisch Wohnraum auch in den von der**
629 **„Bauen für Menschen GmbH“ zu errichtenden inklusiven Quartieren schaffen.**

630

631 Außerdem soll das bereits jetzt gut aufgestellte Gesundheitsmanagement gestärkt werden.

632

633 Das Traineeprogramm hat sich in den letzten Jahren als erfolgreiches Format zur Gewinnung
634 von akademischen Fachkräften und Führungsnachwuchs bewährt und soll auch in der 15.
635 Wahlperiode fortgesetzt werden.

636 Auf diesem Weg sollen verschiedene Absolventengruppen angesprochen werden. Die Einstel-
637 lungsjahrgänge sollen sich multidisziplinär zusammensetzen und Ingenieurinnen und Ingeni-
638 eure einbeziehen.

639

640 **Gründung eines Instituts für strategischen öffentlichen Einkauf**

641

642 Die Anforderungen an den öffentlichen Einkauf haben sich in den letzten Jahren gewandelt.
643 Der vergaberechtlich orientierte Beschaffer wird zum strategischen Warengruppenmanager in
644 einem hoch dynamischen und komplexen Umfeld.

645 Um diese Transformation im öffentlichen Einkauf zu vollziehen, müssen dringend erforderliche
646 Kompetenzen intern ausgebildet und/oder extern geschult werden.

647 Vor Einrichtung eines Instituts soll eine Bedarfsermittlung erfolgen.

648

649 Der Landschaftsverband Rheinland kann damit ein neues zukunftsorientiertes Betätigungsfeld
650 erschließen, indem er die Fortbildung für die zentralen Einkäufer den Kommunen anbietet und
651 seine Rolle als Dienstleister für seine Mitgliedskörperschaften profiliert. Eine Ausweitung des
652 Angebotes auch auf andere Behörden und Regionen wäre möglich.

653

654 Darüber hinaus ist es Ziel von CDU und SPD, das Fuhrparkmanagement durch Digitalisierung
655 von Prozessen vorrangig unter Berücksichtigung von umweltfreundlichen Lösungen zu opti-
656 mieren.

657

658

659 **VII. Umwelt und Bauen**

660

661 **Klimaschutz als gesamtpolitische Herausforderung**

662

663 Die Koalitionsfraktionen bejahen und unterstützen die im Pariser Klimaschutzabkommen for-
664 mulierten Ziele zum Erhalt der Biodiversität und der Reduzierung von Treibhausgasemissio-
665 nen. Hierzu kann und muss der Landschaftsverband Rheinland mit der Umsetzung seines von
666 den politischen Gremien verabschiedeten integrierten Klimaschutzkonzeptes im Rahmen sei-
667 ner Möglichkeiten einen Beitrag leisten. Es gilt daher, die 49 Einzelmaßnahmen dieses Kon-
668 zeptes zügig in den kommenden Jahren umzusetzen und langfristige Strategien zu entwickeln.
669 Alle LVR-Einrichtungen sollen umweltzertifiziert sein, um kontinuierlich das Ziel und die Um-
670 setzung von CO₂-Verringerung und Schonung von Ressourcen zu etablieren.

671 Generell soll bei allen Bauvorhaben die Prüfung zur Nutzung alternativer Energien, z.B. Erd-
672 wärme oder Photovoltaik, Berücksichtigung finden und bei der Umsetzung abgewogen wer-
673 den.

674

675 **Lebenswerte Räume für Menschen schaffen**

676

677 „Qualität für Menschen“ bedeutet für die Koalition von CDU und SPD auch, Gebäude nachhal-
678 tig zu errichten bzw. zu sanieren. Dabei sind die Bedürfnisse der Menschen, für die gebaut
679 wird, ein wesentlicher Faktor im Lebenszyklus eines Gebäudes. Dies gilt gleichermaßen für
680 alle Gebäude des LVR. Die weiteren Ziele des nachhaltigen Bauens, Reduzierung des Energie-
681 und Ressourcenverbrauchs, sind zu berücksichtigen. Vielversprechende innovative Ansätze
682 wie z.B. im Rahmen einer Kreislaufwirtschaft und die Entwicklung recyclinggerechter Kon-
683 strukturen („cradle to cradle“) sind zu fördern. Insbesondere der Neubau des Verwaltungs-
684 gebäudes am Ottoplatz soll Vorbildcharakter haben.

685

686

687 **Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen/Wohnraum für**
688 **Alle**

689

690 Für die Fraktionen von CDU und SPD in der Landschaftsversammlung Rheinland hat ausrei-
691 chender und bezahlbarer Wohnraum für alle Menschen einen hohen Stellenwert.

692 Besonders für Menschen mit Behinderungen fehlt es an bedarfsgerechten Angeboten. Viele
693 Menschen mit Behinderungen, die in Werkstätten arbeiten, leben teilweise noch bei ihren An-
694 gehörigen/Eltern. Bei einem Wegfall der Betreuung durch Angehörige/Eltern fehlen besonders
695 für diesen Personenkreis Angebote.

696 Wir wollen den Menschen mit Behinderungen ein jeweils auf ihre individuellen Bedürfnisse
697 zugeschnittenes Wohnungsangebot machen und damit gleichzeitig das Ziel der Inklusion ver-
698 wirklichen, die Teilhabe am täglichen Leben umfassend zu ermöglichen. Mit der Neustrukturie-
699 rung der LVR-Wohnungsbaugesellschaft zur „Bauen für Menschen GmbH“ und der Bereitstel-
700 lung eines jährlichen Betrages von 2 Mio. Euro als eigenkapitalersetzender Zuschuss für In-
701 klusive Wohnungsbauprojekte sind die ersten Schritte in die richtige Richtung getan.

702 Dieses Programm wollen wir fortführen. Weitere Maßnahmen - auch im Zusammenwirken mit
703 unseren Mitgliedskörperschaften - müssen folgen. Hierzu zählt die Bereitstellung von Grund-
704 stücken oder geeigneten Gebäuden durch unsere Mitgliedskörperschaften sowie die Weiter-
705 entwicklung der "Bauen für Menschen GmbH". Zusätzliche Beratungsangebote und die enge
706 Vernetzung mit weiteren Handelnden in diesem Bereich, beispielsweise mit Verbänden oder
707 Investoren, sind zu entwickeln.

708

709 **Schaffung von modernen Büroräumen und Wohnungsquartieren**

710

711 Für die Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit von Arbeitgebern gewinnt die Möglichkeit, adä-
712 quaten Wohnraum für Mitarbeitende zur Verfügung zu stellen, immer mehr an Bedeutung.
713 Gerade in den Ballungsräumen der Rheinschiene ist der Wohnungsmarkt sehr angespannt. Im
714 Zuge der Personalfindung und -bindung sind daher weitere Anstrengungen zu unternehmen.
715 Hier soll die „Bauen für Menschen GmbH“ gemeinsam mit dem LVR Wege finden, um das be-
716 reits vorhandene Angebotsportfolio auch für die Mitarbeitenden und Auszubildenden zu erwei-
717 tern. Dabei sind alle Möglichkeiten der Schaffung von Wohnraum in die Überlegungen mit
718 einzubeziehen.

719 Wir unterstützen ausdrücklich inklusive Bauvorhaben im genossenschaftlichen Wohnungsbau.

720

721 Der digitale Wandel wird sich auch auf die Büroraumgestaltung und -nutzung auswirken. Dies
722 werden wir bei unseren Baumaßnahmen berücksichtigen!

723

724 **Mobilität nachhaltig gestalten**

725 Der LVR mit seinen über 19.000 Mitarbeitenden und über 100 Dienststellen ist ein wesentli-
726 cher Faktor für den Verkehr und die Mobilität im Rheinland. Nur mit einem zukunftsfähigen
727 integrativen Mobilitätskonzept sind die gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen zu bewäl-
728 tigen und die Treibhausgasemissionen zu senken. Bei der Neuausrichtung der Mobilitätssys-
729 teme in den Kommunen sind unsere Mitgliedskörperschaften intensiv zu unterstützen. Aus der
730 Co-Existenz der einzelnen Mobilitätsalternativen muss ein optimaler Mix von öffentlichem Per-
731 sonennahverkehr, dem individuellen Kurzstrecken- und dem Langstreckenverkehr entstehen.

732 Kosten für energiepolitische Maßnahmen sollen marktwirtschaftlich berücksichtigt werden. Die
733 Koalition bekennt sich zu einer technologieoffenen klimaschonenden Mobilität. Richtungswei-
734 send ist der von der Koalition initiierte Ausbau der Infrastruktur für alternative Antriebsmög-
735 lichkeiten in den LVR-Dienststellen.

736 Wir werden auch weiterhin den Einsatz von regionalen Produkten, soweit das rechtlich mög-
737 lich ist, voranbringen.

738 Dies gilt insbesondere im Bereich der Lebensmittel in unseren Einrichtungen sowie in den
739 Kantinen unserer Verwaltungsgebäude. Aufgrund einer Verringerung von Transporten wird der
740 ökologischen Verbesserung Rechnung getragen.

741

742 **Biologische Stationen**

743 Die Koalitionspartner von CDU und SPD werden die positive Arbeit der durch den LVR geför-
744 derten Biologischen Stationen weiterhin unterstützen.

745 Wir werden dies in enger Abstimmung mit unseren Mitgliedskörperschaften tun.

746 Wir fordern jedoch nachdrücklich, dass das Land die Förderung durch den LVR im GFG ange-
747 messen berücksichtigt.

748

749

750 **VIII. Gesundheit**

751 **Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen und Behandlungsangebote**

752

753 Die Einführung neuer Versorgungsformen im Klinikverbund sowie die Einführung der stations-
754 äquivalenten Behandlung (StäB) und weitere Formen aufsuchender Behandlung im LVR-
755 Klinikverbund sind weiter zu entwickeln. Auch wollen wir die Fortentwicklung bestehender
756 Organisationsstrukturen zwecks flexibler Reaktionen auf sich verändernde Markterfordernisse
757 weiter voranbringen. Wir werden den Zugang digitaler Gesundheitsanwendungen auf Basis
758 einer verlässlichen und sicheren Infrastruktur ausbauen bzw. neu schaffen.

759

760 Über das beschlossene Fördermodell zur Weiterentwicklung der Vernetzung zwischen Kinder-
761 und Jugendpsychiatrie, Jugendhilfe und anderen beteiligten Akteuren mit fünf Projektträgern
762 im Rheinland (Stadt Düren, Stadt Düsseldorf, Stadt Essen, Kreis Euskirchen, Rhein-Erft-Kreis)
763 zur Schaffung von regionalen Kooperationsverbänden hinaus werden wir die bessere Vernet-
764 zung der Versorgungsstrukturen weiter vorantreiben.

765

766 Einen zukünftigen Arbeitsschwerpunkt bildet auch weiterhin die Behandlung, Rehabilitation
767 und Pflege älterer Menschen. Die LVR-Kliniken haben im Auftrag der politischen Vertretung
768 aktuelle gerontopsychiatrische Versorgungskonzepte vorgelegt. Diese bilden eine gute Basis
769 für weitere Entwicklungsstufen hin zu geriatrischen Versorgungsverbänden und zu „Zentren
770 für Altersmedizin und Altenhilfe“, wie es am Standort der LVR-Klinik Düren bereits modellhaft
771 umgesetzt worden ist. Weitere Standorte müssen folgen.

772 Ferner halten wir die Fortführung und den Ausbau fachkompetenter und bedarfsgerechter
773 Beratung und Behandlung traumatisierter Flüchtlinge durch die LVR-Klinken/Ambulanzen für
774 unabdingbar.

775

776 Unverändert bekennen wir uns zu der in der Landschaftsverbandsordnung normierten Zustän-
777 digkeit des LVR für die Orthopädie-Klinik Viersen. Wir wollen die Trägerschaft behalten und
778 zugleich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Klinik weiter stabilisieren.

779

780 **Förderung von Partizipation und Selbstbestimmung**

781

782 Maßnahmen gegen Zwangsreduktion, Schaffung offener Stationen statt geschlossener Set-
783 tings und die vielfältigen Maßnahmen zur Förderung von Partizipation und Selbstbestimmung
784 ausgerichtet an den individuellen Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten sind weiter
785 voranzutreiben.

786 Dazu gehören die strukturierte, standardisierte und flächendeckende Einführung von Behand-
787 lungsvereinbarungen, die positive Erprobung von Peer-Angeboten durch Genesungsbegleite-
788 rinnen und -begleiter auch in ambulanten Versorgungsstrukturen und der weitere Ausbau von
789 autonomiefördernden Konzepten in den LVR-Kliniken.

790
791 Hierbei soll eine enge wissenschaftliche Begleitung und Evaluation durch das LVR-Institut für
792 Versorgungsforschung erfolgen und zugleich der Erfahrungs- und Wissenstransfer innerhalb
793 des LVR-Klinikverbundes intensiviert werden.

794
795 Die „Sichtbarkeit“ des LVR als innovativer Träger eines hochkompetenten Klinikverbundes ist
796 zu stärken.

797 798 **Bauvorhaben, Mobilität und Personal**

799
800 Auch nach der Umsetzung des im Jahr 2010 beschlossenen Investitionsprogramms i.H.v. fast
801 500 Mio. Euro im Klinikverbund sind weitere strategisch bedeutsame Bauvorhaben in den
802 LVR-Kliniken umzusetzen. Vor dem Hintergrund der seit Jahrzehnten unzureichenden Investi-
803 tionsfinanzierung im Krankenhausbereich und der aufgrund der PPP-Richtlinie nicht weiter
804 steigerbaren Renditen im Klinikverbund muss das Investitionsprogramm im Klinikverbund
805 fortgesetzt werden. Die wichtigen Aufgaben der Daseinsvorsorge, die die LVR-Kliniken rhein-
806 ländweit erfüllen, müssen auch zukünftig gemeindenah in guten baulichen Strukturen von
807 diesen erbracht werden.

808
809 Stärkung und Ausbau von Personalgewinnung und -entwicklung sowie Nachwuchspflege und
810 die weitere Etablierung des LVR-Klinikverbundes als attraktiver Arbeitgeber mit motivations-
811 fördernden Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bleiben angesichts der
812 demographischen Veränderungen weitere drängende Themen über 2020 hinaus.

813
814 Die Koalition von CDU und SPD sieht sich in der Verpflichtung, den dynamischen Prozess der
815 bereits begonnenen digitalen Weiterentwicklung und somit auch den Mobilitätsbereich des
816 gesamten LVR auszubauen. Der damit verbundene personelle und materielle Aufbau unseres
817 Dezernates „Digitalisierung, IT-Steuerung, Mobilität und technische Innovation“ ist durch ent-
818 sprechende Mittelbereitstellung in den zukünftigen Haushalten entsprechend zu berücksichti-
819 gen. Hierdurch wird gewährleistet, dass u.a. Untersuchungen, Prognosen, Tagungen sowie
820 neue Einrichtungen im Bereich der Technik in den Fokus genommen werden können.

821 822 **Ökonomischer Klimaschutz**

823
824 Auch im Bereich des LVR-Klinikverbundes kommt der Reduzierung der sog. „CO-2-Abdrucke“
825 eine zentrale Bedeutung zu. Dabei ist anzuknüpfen an die bisherigen Bemühungen zum Ein-
826 satz von biozertifizierten, tierschutzgerechten Lebensmitteln in der Versorgung von Patientin-
827 nen/Patienten und Personal. Wir wollen daher die Impulsgeberfunktion der LVR-Kliniken für
828 das Beschreiten neuer „mutiger“ Wege stärken, z.B. durch Zielvereinbarungen mit Bonuszah-
829 lungen für Pilotprojekte zur Optimierung der Wertschöpfungskette von der Beschaffung bis zur
830 Entsorgung.

831
832
833
834
835
836
837

838 **Psychiatriegeschichte des Rheinlands**

839

840 Im Hinblick auf unseren Auftrag „Der LVR stellt sich seiner Geschichte“ kommt der Aufarbei-
841 tung der Psychiatriegeschichte nach wie vor große Bedeutung zu.

842 Wir wollen deshalb auf Basis des Ende 2019 beschlossenen Rahmenkonzepts das „Forum Psy-
843 chiatry – Dezentrale Begegnungsstätten zur Geschichte und Gegenwart der Psychiatrie im
844 Rheinland“ weiter ausbauen und ergänzen.

845

846

847

848 **IX. Jugend / Jugendhilfe Rheinland**

849

850 **Wir werden den Ausbau der Kindertagesbetreuung auch in den nächsten Jahren vor-**
851 **antreiben und fachlich begleiten.**

852 Der rasante Ausbau der Plätze zur Kindertagesbetreuung wird weiterhin anhalten. Viele Städte
853 können die Bedarfe der Eltern nach wie vor nicht umfassend decken. Das LVR-

854 Landesjugendamt wird weiterhin die Arbeit der Jugendämter, der Träger von Tageseinrichtun-
855 gen und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen unterstützend begleiten.

856 Dies gilt auch für Angebote zur Qualitätssicherung, z.B. im Rahmen umfangreicher Fortbil-
857 dungsangebote.

858 Darüber hinaus wollen wir die Kindergärten an den LVR Schulen „Sehen“ sowie „Hören und
859 Kommunikation“ in Ausstattung, Raumkonzept und Personalstunden den Tageseinrichtungen
860 gleichsetzen. Bei Kindern mit komplexen Behinderungen in Tagespflege soll sichergestellt
861 werden, dass die erforderlichen pflegerischen und therapeutischen Hilfen ergänzend zur Ver-
862 fügung gestellt werden.

863 Wir werden eine Fachtagung initiieren, um festzustellen, welche weitergehenden Unterstüt-
864 zungen für Pflegefamilien von behinderten Kindern erforderlich sind.

865

866 **In Umsetzung des BTHG werden wir für Kinder mit (drohender) Behinderung gleiche**
867 **Lebensverhältnisse im Rheinland schaffen.**

868 Der LVR ist seit 2020 für zahlreiche Leistungen der Eingliederungshilfe zuständig, die Kinder
869 und Jugendliche mit (drohender) Behinderung betreffen. Unser Ziel ist, dass Kinder mit Be-
870 hinderungen und ihre Eltern umfassend und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teil-
871 haben können, unabhängig von Ihrem Wohnort und der jeweiligen Betreuungsform. Der An-
872 spruch ist, gleiche Lebensverhältnisse zu schaffen. Damit verbunden ist auch die Notwendig-
873 keit zur Intensivierung der Qualifizierung der Fachkräfte.

874

875 **Wir werden im Jugendfreizeitbereich mehr Bildungs- und Beteiligungschancen für**
876 **Kinder und Jugendliche eröffnen und den sozialen Zusammenhalt stärken.**

877 Partizipation und Demokratiebildung von Kindern und Jugendlichen sind zentrale Themen im
878 Rahmen der Jugendförderung. Eigenständige Jugendpolitik ist eine zukunftsorientierte we-
879 sentliche Grundvoraussetzung für die Entwicklung einer funktionierenden aktiven Demokratie.
880 Sie eröffnet Bildungschancen für Kinder und Jugendliche und stärkt den sozialen Zusammen-
881 halt und ist somit ein wichtiges Element für eine kinder- und jugendfreundliche Kommune.
882 Das beim LVR-Landesjugendamt neu geschaffene Kompetenzzentrum „Eigenständige Jugend-
883 politik und Partizipation“ bietet Kindern und Jugendlichen hierzu die fachliche Begleitung, um
884 eigenständig arbeiten zu können. Die bestehenden Ansätze gilt es weiter zu verstetigen und
885 auszubauen.

886 Für die Bildungsarbeit ist eine stärkere Zusammenarbeit mit dem Medienzentrum erforderlich.
887 Dies ist auch bei den Themenfeldern Digitalisierung und Umgang mit den Medien notwendig.
888 Bei der Modellförderung - für die neue Finanzierungswege gefunden werden sollen - werden
889 wir diese Themen zum Schwerpunkt machen.

890 Die Weiterentwicklung inklusiven Lebens ist auch im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit von
891 großer Bedeutung. Wir betrachten dies als einen Arbeitsschwerpunkt und schauen dabei nicht
892 nur auf die Menschen mit Behinderungen.

893 Die internationale Jugendarbeit an Orten der Begegnung soll fortgeführt werden.
894

895 **Wir werden das Arbeitsfeld zur Bekämpfung von Kinderarmut im Rheinland weiter**
896 **tatkräftig unterstützen und dazu beitragen, die teilweise nach wie vor beschämenden**
897 **Lebensverhältnisse nachhaltig zu verbessern.**

898 Bereits seit 2009 besteht die Koordinationsstelle Kinderarmut beim LVR-Landesjugendamt.
899 Sie unterstützt seither die rheinischen Kommunen umfassend in ihren Bemühungen zur Ver-
900meidung bzw. Minderung der Folgen der Kinderarmut. Ab dem Jahr 2020 wird die neue Lan-
901desförderung des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) für
902Präventionsketten durch die Landesjugendämter bewirtschaftet. Bis Ende 2022 wird die volle
903Verantwortung zur Programmumsetzung der Kommunalen Präventionsketten unter dem Titel
904„kinderstark – NRW schafft Chancen“ an die Landesjugendämter übertragen. Damit wird der
905im LVR frühzeitig eingeschlagene Weg noch einmal bestätigt.

906 Es gilt, die teilweise immer noch bestehenden beschämenden Verhältnisse für Kinder im
907Rheinland und NRW-weit weiterhin nachhaltig zu verbessern.
908

909 **Wir werden die Zusammenarbeit von Psychiatrie und Jugendhilfe weiter ausbauen**
910 **und das Angebot für sog. "Systemsprenger" verstetigen.**

911 Die Große Koalition im LVR hat in der vergangenen Wahlperiode mehrere wichtige Projekte in
912der Zusammenarbeit zwischen Psychiatrie und Jugendhilfe angestoßen. Dies umfasst zum
913einen die modellhafte Finanzierung von Kooperationsverbänden in fünf Modellregionen. Hier-
914durch soll die in vielen Regionen mangelhafte Zusammenarbeit von Psychiatrie und Jugendhil-
915fe wesentlich verbessert werden. Zum anderen wurde ein Förderprogramm aufgelegt, um die
916Kinder und Jugendlichen mit psychisch und/oder suchterkrankten Eltern(-teilen) in ihrer be-
917sonders schwierigen Lebenssituation frühzeitig zu unterstützen. Es sollen vor allem präventi-
918ve, niedrigschwellige Angebote vor Ort geschaffen und die örtliche Koordination und Vernet-
919zung nachhaltig verbessert werden.

920 In der neuen Wahlperiode wollen wir die Umsetzung dieser Förderprogramme fachlich und
921politisch begleiten und bei einem Erfolg der Modellvorhaben diese möglichst flächendeckend
922installieren.
923

924 **Mit der Jugendhilfe Rheinland werden wir kompetente, bedarfsgerechte und moder-**
925 **ne Jugendhilfeangebote im Rheinland anbieten**

926 Im Rahmen des Sanierungsprogramms der Gebäudezielplanung wird die Liegenschaftsplanung
927der LVR-Jugendhilfe Rheinland umgesetzt, um adäquaten Wohnraum für die betreuten Kinder
928und Jugendlichen zu schaffen.

929 Insbesondere unter dem Fokus einer weiter verstärkten Kooperation zwischen der LVR-
930Jugendhilfe Rheinland und den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Einrichtungen vor Ort soll
931die Angebotsstruktur für Systemsprenger verbessert werden.

932 Als bundesweit geschätzter Anbieter von traumapädagogischen Intensivwohngruppen soll sich
933 die LVR-Jugendhilfe Rheinland weiter etablieren.

934 Die Ausbildungseinrichtungen im Rahmen des Betriebes der Jugendhilfe Rheinland sollen mit
935 Angeboten zur beruflichen Ausbildung erhalten bleiben.

936 Für die notwendige Fachkräftegewinnung soll die Attraktivität der LVR-Jugendhilfe Rheinland
937 als moderner Arbeitgeber intensiviert werden.

938

939 **Ehemalige Heimkinder stärken**

940 CDU und SPD werden auch in dieser Legislaturperiode weiterhin das LVR-Förderprogramm
941 „ehemalige Heimkinder stärken – Förderung von Selbsthilfeprojekten“ unterstützen. Diese
942 Förderung betrifft ehemalige Heimkinder und Menschen, die in Psychiatrie- und Behinderten-
943 hilfe Jahrzehntelang Unrecht und Leid erfahren haben.

944

945 **Schutz für von Gewalt bedrohte Kinder und Jugendliche**

946 Gewaltakte gegen Kinder, ob in der Kita, Schule oder im familiären Umfeld sind zu verhindern
947 und zu bekämpfen. Damit Maßnahmen schnell und unbürokratisch ergriffen werden können,
948 werden in der kommenden Wahlperiode bedarfsgerechte Einrichtungen und Angebote (auch
949 als Modelle) geschaffen.

950

951

952 **X. Heilpädagogische Hilfen**

953

954 Mit dem LVR-Verbund HPH ist der LVR als Träger der Eingliederungshilfe auch Leistungser-
955 bringer für Menschen mit Behinderungen.

956 Ausgehend von der Geschichte der Heilpädagogischen Heime hat der LVR sein subsidiäres
957 Angebot für besondere Zielgruppen ständig weiterentwickelt und sein Profil und Leistungsan-
958 gebot gemäß der Vorlage 14/2482 „Bedarfsanalyse und Ausdifferenzierung der Zielgruppen
959 der LVR-HPH-Netze“ geschärft.

960

961 Wir werden auch weiterhin "spezialisierte Leistungen für Menschen mit hohem Assistenz- und
962 Unterstützungsbedarf" erbringen.

963 In der Ausführung des BTHG sind diese Leistungen gem. SGB IX und Landesrahmenvertrag
964 (BTHG) personenzentriert, sozialraumorientiert und inklusiv zu gestalten und umzusetzen.

965

966 **Wir werden für mehr individuellen Wohnraum sorgen**

967

968 Deshalb werden wir orientiert am ehemaligen, sehr erfolgreichen Dezentralisierungs- und
969 Regionalisierungsprogramm der HPH-Netze ein Wohnraumentwicklungs- und Wohnraumbes-
970 schaffungsprogramm über einen Zeitraum von 10 Jahren starten. Alle derzeit für den Bereich
971 Wohnen in besonderen Wohnformen genutzten Immobilien werden einer systematischen
972 Überprüfung unterzogen, um diese entsprechend zu ertüchtigen oder aufzugeben und
973 durch neuen, bedarfsgerechten, modernen, attraktiven und barrierefreien Wohnraum an
974 inklusiven Standorten zu ersetzen. Dabei soll in die Wohnraumgestaltung digitale Technik
975 und Lösungen aus dem Bereich des Ambient Assisted Living (AAL) einbezogen werden.

976

977

978

979 Ziel ist, dass - wo möglich - die durch den LVR-Verbund HPH betreuten Menschen, die zur-
980 zeit in besonderen Wohnformen unterstützt und begleitet werden, mittel- bis langfristig als
981 MieterInnen in einer eigenen Wohnung leben und dort unterstützt und begleitet werden
982 können. Menschen mit einem pflegerischen Unterstützungsbedarf sollen Leistungen der Pflege
983 auch über einen eigenen Pflegedienst angeboten werden.
984

985

986 **Digitalisierung vorantreiben**

987

988 Die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig es ist, sich mit technischen Möglichkeiten auseinan-
989 derzusetzen. Deshalb sollen zukünftig verstärkt E-Learning Systeme genutzt werden. Mitar-
990 beitende können sich notwendiges Wissen eigenständig und jederzeit ohne eine/n Seminarlei-
991 terIn über digitale Schulungseinheiten erschließen.
992

993

993 Damit für BewohnerInnen digitale Teilhabe möglich wird, sind geeignete Maßnahmen zur
994 Vermittlung entsprechender Medien-Kompetenzen für Menschen mit Behinderungen zu entwi-
995 ckeln.
996

997

997 **Fachkräftemangel durch attraktive Angebote an Mitarbeitende entgegen**

998

999 Wenn wir die gesellschaftliche und soziale Teilhabe für Menschen mit hohem Unterstützungs-
1000 bedarf und schwierigem und herausforderndem Verhalten ermöglichen wollen, benötigen wir
1001 eine angemessene Personalausstattung und engagiertes Personal, das in interdisziplinären
1002 Teams zusammenarbeitet, in denen neben HeilpädagogenInnen, ErzieherInnen und Pflege-
1003 fachkräften – wenn nötig - auch TherapeutInnen, SuchtexpertenInnen, Sicherheitskräfte und
1004 weitere Professionen mitarbeiten.

1005 Der LVR-Verbund HPH und die fachlichen Leitungen müssen die Möglichkeiten haben, mit at-
1006 traktiven Angeboten Personal für die Arbeit mit herausfordernder Klientel zu gewinnen.
1007

1008

1008 **Arbeit des Institut Kompass fortsetzen**

1009 Das Institut Kompass leistet nach wie vor eine gute und von vielen Trägern anerkannte Ar-
1010 beit. Wir wollen, dass diese Arbeit auch in der vor uns liegenden Wahlperiode fortgesetzt wer-
1011 den kann.

1012

1013 Köln, 19. Dezember 2020

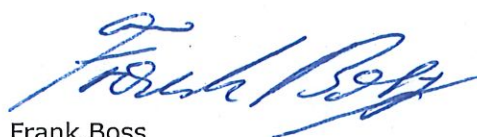
1014

1015 
1016 Rolf Einmahl

1017 CDU-Fraktionsvorsitzender LVR

1018

1019

1020 
1021 Frank Boss

1022

1023 CDU-Fraktionsgeschäftsführer LVR

1024



Prof. Dr. Jürgen Rolle

SPD-Fraktionsvorsitzender LVR



Thomas Böll

SPD-Fraktionsgeschäftsführer LVR

An dieser Vereinbarung haben mitgewirkt:

Dr. Gert Ammermann (CDU), Dorothee Daun (SPD), Klaus Diekmann (CDU),
Rolf Einmahl (CDU), Dr. Ralph Elster (CDU), Iris Heinisch (SPD), Joachim Heister (CDU),
Peter Hohl (CDU), Urban-Josef Jülich (CDU), Axel Kaske (SPD), Dr. Hans Klose (SPD),
Ursula Mahler (SPD), Michael Nabbefeld (CDU), Astrid Natus-Can (CDU),
Prof. Dr. Leo Peters (CDU), Gerda Recki (SPD), Klaus Rohde (CDU),
Prof. Dr. Jürgen Rolle (SPD), Dr. Nils Helge Schlieben (CDU),
Cornelia Schmerbach (SPD), Stephan Schnitzler (SPD), Dr. Martin Schoser (CDU),
Margret Schulz (SPD), Ursula Schulz (SPD), Gertrud Servos (SPD), Michael Solf (CDU),
Barbara Soloch (SPD), Bernd Tondorf (CDU), Nicole-Susanne Weiden-Luffy (SPD),
Margarete Wietelmann (SPD), Prof. Dr. Jürgen Wilhelm (SPD), Josef Wörmann (CDU),
Brigitte Wucherpfennig (SPD) sowie
Thomas Böll (SPD), Frank Boss (CDU)

CDU

**CDU-FRAKTION
LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG
RHEINLAND**

SPD

Die SPD-Fraktion in der
Landschaftsversammlung
Rheinland